

Inklusionsplan

RÖSRATH FÜR ALLE

**(M)EINE STADT
AUF DEM WEG
ZUR INKLUSION**



RÖSRATH stadt



„RÖSRATH FÜR ALLE“

(M)EINE STADT AUF DEM WEG ZUR INKLUSION

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	2
2.	Einleitung	4
3.	Vom Menschenrecht zum Handlungsprogramm	6
4.	Das Inklusions-Projekt „Rösrath für Alle“	7
4.1	Veranstaltungen im Rahmen des Projektes	7
4.2	Arbeitsgruppen und Handlungsfelder	7
4.2.1	Arbeit	8
4.2.2	Schule und frühkindliche Erziehung	8
4.2.3	Freizeit und öffentliches Leben	8
4.2.4	Mobilität	8
4.2.5	Wohnen	8
4.2.6	Verwaltung	9
4.3	Projektgruppen	9
5.	Handlungsprogramm (Umsetzungsvorschläge und Entscheidungswege / Rolle des Ansprechpartners / Inklusionsbeauftragten)	12
6.	Fazit	41
7.	Zusammenfassung in leichter Sprache	42
8.	Anhang	44



1. Vorwort

Mit dem Leitmotiv „Rösrath für Alle“ – (M)eine Stadt auf dem Weg zur Inklusion – startet die Umsetzung unseres Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention. Die vorliegenden Empfehlungen wurden in einem partizipativen Prozess, an dem sich verschiedene Akteure aus Vereinen, Betroffenenverbänden, Institutionen, Einrichtungen und Politik beteiligt haben, entwickelt.

Im Jahre 2009 wurde das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland umfassend ratifiziert. Damit fand sie unter dem Namen Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (kurz UN-BRK) Eingang in unsere Bundes- und Landesgesetzgebung.

Eine der zentralen Forderungen der UN – BRK ist die Inklusion, das selbstverständliche und gleichwertige Teilhaben an allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Schule, der Arbeit, in der Freizeit usw..

Das Neue an der UN – BRK ist jedoch ihre klare Forderung, die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung und die volle und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschenrechte und Grundfreiheiten in den Vordergrund zu rücken sowie ein gesellschaftliches Klima zu entwickeln, das Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen berücksichtigt. Mit anderen Worten: Nur was gut für alle ist, ist auch wirklich gut. Das fängt beim „universellen Design“ an (Nutzbarkeit von sächlicher Ausstattung) und hört bei der Planung von Veranstaltungen und dem Dienstleistungsangebot noch lange nicht auf. In der breiten Öffentlichkeit sind die Inhalte der UN – BRK nach wie vor noch zu wenig bekannt.

In allen gesellschaftlichen Bereichen ist zu hinterfragen, welcher Schutz und welche spezifische Unterstützung hilfreich und notwendig sind. Daher gilt es auch, Aufklärungsarbeit zu leisten und angesichts der demografischen Entwicklung deutlich zu machen, dass hier keine erneute „Besonderung“ oder eine „positive Diskriminierung“ stattfinden soll, sondern ein inklusives Rösrath allen gut tut. Der Nationale Aktionsplan sagt: „Inklusion heißt Gemeinsamkeit von Anfang an. Sie beendet das aufwendige Wechselspiel von Exklusion (=ausgrenzen) und Integration (=wieder hereinholen).“

Damit ist klar, dass nicht nur die Grenzen von Behinderung und Nichtbehinderung gesprengt werden sollen, sondern auch Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen im Alter und mit erworbenen Unterstützungsbedarfen gemeint sind. Kurzum: Ein inklusives Rösrath wendet sich allen Menschen zu, die davon bedroht sind, an den Rand unserer Gesellschaft zu geraten. Stattdessen soll Rösrath eine Stadt für alle sein, eine Stadt, die allen Bürgern Teilhabe ermöglicht und die mit einem lebendigem



„Miteinander“ die Herausforderungen der Zukunft zu meistern weiß. Alle gesellschaftlichen Akteure sind eingeladen, an der Fortentwicklung des Aktionsplanes mitzuarbeiten und die Behindertenrechtskonvention mit Leben zu füllen.

Wir wünschen uns und Rösrath die Kraft und vor allem die Geduld und einen „langen Atem“, diesen Weg nachhaltig zu gehen.

Rösrath, den 12.12.2014

Marcus Maria Mombauer
Bürgermeister

Ulrich Kowalewski
Erster Beigeordneter

Claudia Schmidt-Herterich
Vorsitzende des Beirates für die
Belange von Menschen mit
Behinderung



2. Einleitung

„Rösrath für alle!“ war der Titel der Informationsveranstaltung vom 09.02.2012, die durch den Beirat des Rates für die Belange von Menschen mit Behinderung initiiert und organisiert wurde.

Die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist kein Akt der Fürsorge und gesellschaftlicher Gnade, sondern ein Menschenrecht. Die UN-BRK konkretisiert damit die Anforderungen an eine grundlegende Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und – bei genauerem Hinsehen – die Lebenssituation aller Menschen, die warum auch immer einen besonderen Bedarf an Unterstützung haben oder entwickeln.

Der Rat und die Verwaltung der Stadt Rösrath haben die Gründung einer Steuerungsgruppe beschlossen, die Umsetzung der UN – BRK voranzutreiben und die damit einhergehenden Herausforderungen anzunehmen. Die Lebensbereiche Barrierefreiheit, persönliche Mobilität, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Rehabilitation, Teilhabe am politischen Leben, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung wurden in Arbeitsgruppen analysiert, teilweise in ihrer Thematik zusammengefasst und mit Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Situation versehen.

Dabei ist es wichtig, ein Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderung zu schärfen und Leitlinien zur Umsetzung der Inklusion zu entwickeln, die von dem Expertenwissen der Menschen mit Behinderung selbst bereichert sind. Ebenso wichtig ist allen Beteiligten, dass der Inklusionsplan der Stadt Rösrath mit dem Titel **„Rösrath für Alle – (M)eine Stadt auf dem Weg zur Inklusion“** keine bloße Absichtserklärung im Hochglanzformat wird und, je nach Finanzierungsmöglichkeit, in leistbaren Etappen umgesetzt wird.

Die Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung bezüglich der damit einhergehenden Erfordernissen, des notwendigen Mitteleinsatzes sowie der Abbau der oft zitierten „Barrieren im Kopf“ ist ein Anliegen, das mit politischer Durchsetzungskraft und Willen zur Selbstverständlichkeit in Rösrath werden soll.

Folgende Voraussetzungen hinsichtlich der Entscheidungswege werden geschaffen: Die Einrichtung verschiedener Projektgruppen ermöglicht die Bearbeitung der von der Steuerungsgruppe autorisierten Maßnahmen. Die Projektgruppen bestehen aus Menschen verschiedener Professionen. Die Zusammenarbeit einer Projektgruppe endet mit der Lösung der Aufgaben bzw. der Beendigung des Projekts.

Die Steuerungsgruppe "Inklusion" entwickelt den Prozess fortwährend weiter, indem neue Entwicklungsprozesse angestoßen sowie bestehende Strukturen überprüft und verbessert werden. Weiterhin bereitet die Steuerungsgruppe die erforderlichen Beschlüsse inhaltlich vor. Sie setzt sich aus Vertretern des Rates, des



Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung, des Seniorenbeirates sowie der Verwaltung zusammen.

In einer von Herrn Ulrich Pfeufer, Einrichtungsleiter der St. Augustinus-Behindertenhilfe im Rhein-Erft-Kreis, am 05.04.2014 moderierten Abstimmungsveranstaltung wurde die Einigung zur Neuordnung der Arbeitsgruppen hin zu Projektgruppen mit allen bisherigen Akteuren erzielt. Diese Projektgruppen weisen den wesentlichen Vorteil auf, „bunter“ (im Sinne von bereichsübergreifend) besetzt zu sein und die Chancen deutlich zu erhöhen, nicht nur Einzelinteressen im Auge zu behalten, sondern Synergieeffekte zu erzeugen und Lösungsansätze zu entwickeln, die wirklich „inklusiv“ sind, und somit allen dienen.

Der vorliegende Inklusionsplan der Stadt Rösrath soll das Zusammenleben in Rösrath nachhaltig verbessern.

Am 10. November 2014 hat der Rat der Stadt Rösrath den Inklusionsplan verabschiedet.



3. Vom Menschenrecht zum Handlungsprogramm

Beeinträchtigung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen den Menschen mit Behinderung, ihren besonderen Bedarfen und den einstellungs- und umweltbedingten Barrieren. Die hiervon betroffenen Felder hat die UN – BRK erfasst und bearbeitet. Es würde zu weit führen, sie hier in Bezug auf ihre Wirksamkeit in Rösrath eingehend zu betrachten, dennoch muss und soll die UN – BRK immer mitgedacht werden, um die angesprochene Wechselwirkung, die es immer geben wird, in ihren schädlichen Auswirkungen auf die Teilhabemöglichkeiten und die Chancengerechtigkeit für alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedarfen zu minimieren, um im Optimalfall erst gar nicht spürbar werden zu lassen, bedarf es einer Analyse und praxisorientierter Lösungsansätze.

Der vorliegende Inklusionsplan wird als „Steinbruch“, als Ideenspeicher gewertet, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, in seinen Anpassungsmöglichkeiten die notwendige Flexibilität aufweist, aber dennoch Verbindlichkeit als Rahmenprogramm aufweist und auch in zukünftigen Generationen das Denken mitbestimmen soll.

Der Rat und die Verwaltung der Stadt Rösrath verpflichten sich in diesem Inklusionsplan gemeinsam mit den betroffenen Bürgern anhand der erarbeiteten und im weiteren Verlauf der Projekte zu erarbeitenden Ergebnisse, dieses Menschenrecht in konkreten Maßnahmen Wirklichkeit werden zu lassen. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation ist sicherlich vieles nicht sofort umsetzbar. Umso wichtiger ist es, Prioritäten zu setzen und mit einer klaren Haltung von Rat und Verwaltung diese langfristige, nachhaltig wirksame und gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe anzunehmen und sich auf den Weg zu begeben.



4. Das Inklusionsprojekt „Rösrath für alle“

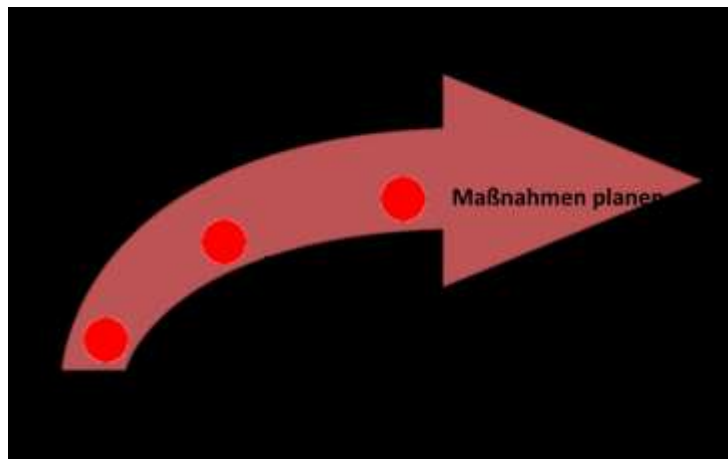
4.1 Veranstaltungen im Rahmen des Projektes

Zum Auftakt fand bereits am 09.02.2012 eine Informationsveranstaltung „Rösrath für alle!“ statt. Der Rat hat in seiner Sitzung am 18.06.2012 die Gründung einer Steuerungsgruppe zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Rösrath beschlossen.

Bestehend aus Mitgliedern des Rates, des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung, des Seniorenbeirates und Vertretern der Verwaltung hat sich die Steuerungsgruppe in sieben Sitzungen mit den Möglichkeiten des Zugangs von Menschen mit Behinderung zu Bildungseinrichtungen, Kulturstätten und öffentlichen Einrichtungen, der Barrierefreiheit bei Planung und Bauvorhaben und im öffentlichen Personennahverkehr, des Zugangs zu Einzelhandel und Handwerk sowie der Teilhabe am Vereinsleben befasst.

Nach dieser Bestandsaufnahme wurden unterschiedliche Arbeitskreise ins Leben gerufen, die sich in den unterschiedlichen Lebensbereichen und Arbeitszusammenhängen mit den als zentral erachteten Herausforderungen in unserer Stadt beschäftigten.

4.2 Arbeitsgruppen und Handlungsfelder



Unter der im „Zielstrahl“ dargestellten Prämisse widmeten sich die Arbeitsgruppen folgenden Schwerpunktthemen:



4.2.1 Arbeitsgruppe Arbeit

- Aufbau eines Netzwerkes „Inklusion und Arbeitswelt“
- Erfüllung der Schwerbehindertenquote in der Stadtverwaltung
- Ausbildungs- und Praktikaoffensive
- Schaffung eines Informationsangebots (auf lokaler Ebene)

4.2.2 Arbeitsgruppe Schule und frühkindliche Erziehung

- Offenheit für Inklusion
- Erhalt der integrativen Kindertageseinrichtungen
- Kooperative prozessorientierte Schuleingangsdiagnostik
- Erhalt der derzeitigen schulischen Räumlichkeiten zur Differenzierung

4.2.3 Freizeit und öffentliches Leben

- Übersicht über die Zugänglichkeit und die behindertengerechte Ausstattung der Toiletten in den öffentlichen Gebäuden, den Gaststätten und Restaurants Rös Rath
- Einrichtung eines Forums bzw. Stammtisches zu unterschiedlichen Freizeitthemen (bspw. mit Dia-Vorträgen über Reisen etc.)
- Inklusionscheckliste für öffentliche Veranstaltungen
- Übersicht über Taxen, Busse für Bürger mit Rollstuhl/Rollatoren
- Wie finden wir die Bürger Rös Rath, die sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen haben?
- „Der gute Nachbar“ Nachbarschaftshilfe im Sinne von „Wir kümmern uns“.

4.2.4 Arbeitsgruppe Mobilität

- Bürgerbus mit behindertengerechter Zusatzausstattung
- Überprüfung der Lichtsignalanlagen
- Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter im Verkehrsbereich

4.2.5 Arbeitsgruppe Wohnen

- Aufbau eines Katasters für barrierefreien Wohnraum
- Informationsangebot zum Thema „Barrierefreiheit und Inklusion“, Hinweise auf Beratungsstellen, Internetlinks usw.
- Ausbau der Wohnraumberatung
- Unterstützung des Baus von Senioren-WGs



-

4.2.6 Arbeitsgruppe Verwaltung

- Ausrüstung des Fahrstuhls Dienstgebäude „Rathausplatz“ mit Brailleschrift / Sprachansage
- Zusätzliche Bereitstellung eines Parkplatzes für Menschen mit Behinderung
- Vermeidung von „Stolperfallen“ innerhalb der Dienstgebäude
- Barrierefreier Zugang zum Bürgerbüro
- Öffnungshilfen für Brandschutztüren im Dienstgebäude „Rathausplatz“ (2. Obergeschoss)
- Orientierungshilfe im Dienstgebäude „Rathausplatz“
- Lautsprechersystem für Menschen mit Hörbehinderung
- Barrierefreie Wahlräume und Wahlkabinen
- Barrierefreier Internetauftritt der Stadt Rös Rath
- „transportables Bürosystem“ für Melde- und Passangelegenheiten
- Akustische Aufrüstung der Ampelanlage zwischen den Dienstgebäuden

Die in den Arbeitsgruppen gewonnenen Erkenntnisse wurden in eine Datei eingepflegt, die neben dem Titel der Maßnahme u.a. auch eine genauere Beschreibung des Vorhabens, die voraussichtlichen Kosten, die Zeitschiene und die Zielgruppe beinhalten. Damit konnten auch mögliche Zielgruppenüberschneidungen und Überschneidungen bei den zu beteiligenden Akteuren identifiziert werden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden von einem externen Moderator unter fachlichen Aspekten auf ihre zu erzeugenden Synergien hin neu geordnet und nunmehr Projektgruppen zugeordnet.

4.3 Projektgruppen

In der Abstimmungsveranstaltung am 05.04.2014 wurde die Neuordnung zu 7 Projektgruppen beschlossen.

Somit ergeben sich neue Projektinhalte, d.h. aus den bisherigen Arbeitsgruppen ergeben sich Projektgruppen, die unter den folgenden Themenschwerpunkten und unter synergetischen Gesichtspunkten die praktischen Umsetzungsvorschläge erarbeiten werden.

Es ergeben sich folgende Schwerpunktsetzungen:



Information / Aufklärung / Akquise

- Inklusions – Checkliste
- Wohnraumberatung (vormals AG Wohnen)
- Internetauftritt der Stadt Rösrath (vormals AG Verwaltung)
- Offenheit für Inklusion (vormals AG Schule und frühkindliche Erziehung)
- Informationsangebot auf lokaler Ebene (vormals AG Arbeit)
- Info-Pool (barrierefreies Bauen und Wohnen) auf der Homepage (vormals AG Wohnen)
- Übersicht Taxis/Busse für Rollstuhlfahrer und Rollatoren- Nutzer (vormals AG Freizeit und öffentliches Leben)
- Übersicht behindertengerechte Ausstattung der Sanitäranlagen in öffentlichen Gebäuden, Restaurants, Gaststätten in Rösrath (vormals AG Freizeit und öffentliches Leben)
- Aufbau eines Netzwerks Inklusion und Arbeitswelt (vormals AG Arbeit)
- Aufbau eines Katasters „Barrierefreier Wohnraum“ (vormals AG Wohnen)
- Zurückgezogene Bürger finden / Vereinsamung vorbeugen (vormals AG Freizeit und öffentliches Leben)

Hierzu siehe die Ausarbeitung der Erzdiözese Augsburg : „Handbuch Inklusion“ – zur Planung von Events

Zugänglichkeit/Erreichbarkeit/Nutzung/ Sächliche Ausstattung zum Abbau von Barrieren

- Lautsprechersystem (Hörbehinderte) (vormals AG Verwaltung)
- Orientierungshilfen in Dienstgebäuden (vormals AG Verwaltung)
- Öffnungshilfe für Brandschutztüren (vormals AG Verwaltung)
- Bürgerbus mit Zusatzausstattung (vormals AG Mobilität)
- Das „transportable Bürgerbüro“ (vormals AG Verwaltung)
- Überprüfung der Lichtsignalanlagen (vormals AG Mobilität)
- Ampelanlage zwischen den Dienstgebäuden (vormals AG Verwaltung)
- Barrierefreier Zugang zum Bürgerbüro (vormals AG Verwaltung)
- Barrierefreie Wahlräume und –kabinen (vormals AG Verwaltung)
- Barrierefreie Nutzung des Fahrstuhls (vormals AG Verwaltung)
- Beseitigung von Stolperfallen in den Dienstgebäuden (vormals AG Verwaltung)
- Zusätzliche Parkplätze für Menschen mit Behinderung (vormals AG Verwaltung)



Arbeit

- Schwerbehindertenquote in der Stadtverwaltung wird erfüllt
(vormals AG Arbeit)
- Offensive für Ausbildung und Praktika für Menschen mit Behinderung
(vormals AG Arbeit)

Schule und frühkindliche Erziehung/Bildung

- Erhalt von Räumlichkeiten zur Differenzierung
(vormals AG Schule und frühkindliche Erziehung)
- Erhalt integrativer Tageseinrichtungen
(vormals AG Schule und frühkindliche Erziehung)
- Prozessorientierte Eingangsdiagnostik
(vormals AG Schule und frühkindliche Erziehung)

Öffentliche Veranstaltungen / Events

- „Der gute Nachbar“ – Wir kümmern uns
(vormals AG Freizeit und öffentliches Leben)
- Forum/Stammtisch zu Freizeitthemen
(vormals AG Freizeit und öffentliches Leben)

Schulung/Sensibilisierung

- Schulung Mitarbeiter Verkehrsverwaltung
(vormals AG Mobilität)

Fundraising

- Bau von Senioren – WGs
(vormals AG Mobilität)

Die Zusammensetzung der künftigen Projektgruppen wird die Betrachtung der Herausforderungen aus den unterschiedlichsten Perspektiven ermöglichen. Die Projektgruppenergebnisse werden über die verschiedenen Publikationsmedien (Internet/ Papierform, u.a.) den Bürgern in Rösrath zur Verfügung stehen.

Wenn sich eine Projektgruppe einem neuen Teilaspekt ihrer Aufgabenstellung zuwendet, erfolgt eine Veröffentlichung der neuen Inhalte und der Termine, um den unterschiedlichen Experten in eigener Sache die Möglichkeit zur Mitwirkung zu geben.



Einen weiteren Anlaufpunkt stellt in diesem Zusammenhang auch der **Inklusionsbeauftragte / Ansprechpartner** für das Projekt „Rös Rath für Alle“ dar. Diese Stelle wird neu geschaffen. Somit wird allen interessierten Bürgern und Akteuren im Bereich der Inklusionsaufgaben ein „Kristallisationspunkt“ angeboten, eine Person, in deren Händen die Fäden zusammenlaufen und die, bestens vernetzt, die guten Ideen bündelt und die Umsetzungsgeschwindigkeit erhöhen kann.

5. Handlungsprogramm /Entscheidungswege

Gemäß der in der Abstimmungsveranstaltung vorgenommenen Priorisierung hinsichtlich der Bewertung der Dringlichkeit werden die Projektdatenblätter nachfolgend vorgestellt. Die Umsetzungsprioritäten werden unter Verweis auf die vereinbarten Beschlusswege eventuell davon abweichen. Gleichzeitig wird auf die jeweiligen Artikel der UN – BRK verwiesen. Die höchsten Prioritäten erhielten die Projekte, die sich den „Barrieren im Kopf“ widmen.

So findet das Projekt „Offenheit für Inklusion“ nunmehr in der Projektgruppe „Information, Aufklärung und Akquise“ neue Vernetzungsmöglichkeiten und Mitstreiter aus dem Bereich der Verwaltung sowie den Arbeitsgruppen Wohnen, Schule und frühkindliche Erziehung, Mobilität, Arbeit, Freizeit und öffentliches Leben. Der Anspruch, möglichst viele Akteure mit den Umsetzungen der Projekte breit aufgestellt zu beteiligen, wird sich wie ein roter Faden durch den weiteren Inklusionsplan ziehen.

Das Projekt „**Offenheit für Inklusion**“ orientiert sich vorrangig an Artikel 8 der UN – BRK, der die Vertragsstaaten verpflichtet „ der gesamten Gesellschaft, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderung zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern“ . Die daraus resultierenden Maßnahmen und Aufgaben sind vielfältig und berühren nahezu alle weiteren in diesem Inklusionsplan aufgeführten Projekte.



Arbeitsgruppe	Schule und frühkindliche Erziehung
Maßnahme 1	Offenheit für Inklusion - positive Grundhaltung -
Beschreibung	In allen Rösrather Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen zeigen alle Träger, MitarbeiterInnen, Eltern, Kinder und Jugendliche eine positive Grundhaltung zur Inklusion und verstehen "Vielfalt" als Bereicherung. D. h., sie treten Kindern/Jugendlichen mit Behinderungen/Förderbedarf offen gegenüber, heißen sie willkommen, erkennen sie mit ihren spezifischen individuellen Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmalen an und binden sie selbstverständlich in den Bildungsprozess in der Gruppe/Klasse ein.
Umsetzung durch	1. Werbung für eine positive akzeptierende Grundhaltung, die geprägt ist von Offenheit und Empathie bei allen Trägern, MitarbeiterInnen, Eltern, Kindern und Jugendlichen. 2. Abbau von Berührungsängsten, Sammeln erster Erfahrungen, fachlicher Austausch und Reflexion mit FachkollegInnen in inklusiven, integrativen und sonderpädagogischen Tageseinrichtungen für Kinder u. Schulen durch Hospitationen, Mitarbeit, (Team-) Beratungen und Fortbildungen. 3. Informationen über gesetzliche Grundlagen und Finanzierungsmöglichkeiten.
Beteiligte Akteure	Jugendamt / Schulamt, Ratsuchende (Regelkindertagesstätten, OGATAs, Regelschulen) BeraterInnen (integrative Tageseinrichtungen für Kinder: Caritas-Kindertagesstätte, Villa Löwenzahn, St. Servatius), Kompetenzzentrum Käthe-Kollwitz-Schule, Schule am Königsforst und GGS Rösrath
Kosten (ja/nein)	Referentenhonorar, Aufwandsentschädigungen Materialkosten (Kopien, DVDs, Porto usw.)
Zeitschiene langfristig (mehr als 3 Jahre)	langfristige Maßnahme (mind. 5 Jahre) mit Beginn in 2014
Zielgruppe	Träger, MitarbeiterInnen, Eltern, Kinder und Jugendliche in Regelkindertagesstätten, OGATAs und Regelschulen



In der neuen Projektgruppe „Öffentliche Veranstaltungen /Events“ findet die Maßnahme „Der gute Nachbar“ mit hoher Priorität ihren Platz.

In Artikel 19 der UN – BRK (Unabhängige Lebensführung und Einbezug in die Gemeinschaft) sowie in Artikel 29 (Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben) finden sich Hinweise auf die Inhalte dieses Vorhabens. Der zentrale Begriff der Teilhabe ist nur umzusetzen, wenn das gesellschaftliche Miteinander, das Interesse am Mitmenschen wieder einen hohen Stellenwert erhält und solidarisches Handeln auf der Grundlage gegenseitigen Kennens und Anerkennens einen hohen Grad an Selbstverständlichkeit beinhaltet.

Besonders in einer „gesunden“ Nachbarschaft sehen wir, auch hier wieder für alle gewinnbringend, dafür einen wesentlichen Garanten und eine nachhaltige Wirksamkeit der erforderlichen Bemühungen.

Arbeitsgruppe	Freizeit und öffentliches Leben
Maßnahme 2	"Der gute Nachbar". Wir kümmern uns!
Beschreibung	Aktion, die Nachbarn aufzufordern, Kontakt zum Nachbarn zu suchen und ggf. gemeinsam zu klären, ob gemeinsame Interessen bestehen. Spielenachmittag, Hilfebedarf (Einkaufen)
Umsetzung durch	Projektgruppen in Schule Sowi
Beteiligte Akteure	Bürger, Schüler, Beiräte
Kosten (ja/nein)	ja (geringe Sachkosten)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Bürger, die zurückgezogen leben bzw. Hilfebedarf haben



Die Projektgruppe „**Schule und frühkindliche Erziehung/Bildung**“ orientiert sich in ihren Aufgabenschwerpunkten an Artikel 24 der UN- BRK (Bildung) in den beiden folgenden Arbeitsaufträgen:

Arbeitsgruppe	Schule und frühkindliche Erziehung
Maßnahme 3	Kooperative prozessorientierte Schuleingangsdiagnostik
Beschreibung	Übergang (integrative) Kita in die Grundschule; Einschulung von Kindern mit Lern- und Entwicklungsverzögerungen und/ oder sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im Bereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung
Umsetzung durch	Kreisweites Konzept der Schulen
Beteiligte Akteure	Eltern, Grundschule, Kita, Kompetenzzentrum Ggf.: Jugendhilfe, Therapeuten, etc. („wer für die Entscheidungsfindung wichtig ist“)
Kosten (ja/nein)	-----
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr) mit- telfristig (bis 3 Jahren) langfristig (mehr als 3 Jahre)	Kurzfristig: wird bereits umgesetzt Langfristig: Erhalt des Ablaufs trotz Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen angestrebt
Zielgruppe	Einschulungskinder mit Entwicklungsverzögerungen und deren Eltern



2. Arbeitsauftrag für diese Projektgruppe:

Arbeitsgruppe	Schule und frühkindliche Erziehung
Maßnahme 4	Erhalt der integrativen Tageseinrichtungen für Kinder in Rösrath
Beschreibung	Die drei bestehenden integrativen Tageseinrichtungen für Kinder (Caritas-Kindertagesstätte, St. Servatius und Villa Löwenzahn) werden weiter als integrative Einrichtungen geführt. Alle bewilligten Förderplätze für Kinder mit Behinderungen oder Kinder, die von Behinderung bedroht sind, werden langfristig weiterhin so belegt, dass die Gruppenstrukturen erhalten bleiben. Die bewährte Qualität in der Betreuung, Bildung und Förderung der Kinder mit besonderem Bedarf und die aufgebauten Kooperationspartnerschaften (z.B. mit Frühförderstellen, SPZs, Ärzten, Schulen usw.) werden fortgeführt. Therapeutische und heilpädagogische Förderung wird in den Einrichtungen angeboten. Eltern wählen nach Beratung in einer integrativen und/oder Regleinrichtung den bevorzugten Förderort für ihr Kind.
Umsetzung durch	- Jugendamt, Abt. Tageseinrichtungen für Kinder, Amt für Soziales des Rheinisch-Bergischen Kreises, Abt. Hilfen für Menschen mit Behinderungen; - Landschaftsverband Rheinland Dezernat 4 - Caritas Verband für den Rheinisch-Bergischen- Kreis e. V. - Kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus - Rösrather Elternverein e.V.



Beteiligte Akteure	- Träger der integrativen Tageseinrichtungen für Kinder - Leitungen - pädagogische und therapeutische Fach- und Ergänzungskräfte in den Integrativgruppen - Eltern und Kinder - Kooperationspartner
Kosten (ja/nein)	- Förderung durch KiBizmittel (3,5fache Kindpauschale) - Förderung durch zusätzliche LVR Kindpauschale in Höhe von je 5000 € - Trägeranteile -evtl. weitere verpflichtete Kostenträger wie z.B. Krankenkassen
Zeitschiene langfristig (mehr als 3 Jahre)	Es handelt sich um eine langfristige Maßnahme ohne zeitliche Begrenzung.
Zielgruppe	- Kinder mit Förderbedarf



Die **Projektgruppe „Information, Aufklärung und Akquise“** wird unter Berücksichtigung der Artikel 9 und 19 der UN – BRK das Thema Zugänglichkeit und **Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft** wie folgt bearbeiten:

Arbeitsgruppe	Freizeit und öffentliches Leben
Maßnahme 5	Übersicht über die Zugänglichkeit und die behindertengerechte Ausstattung der Toiletten in den öffentlichen Gebäuden, den Gaststätten und Restaurants Rösrahts
Beschreibung	Veröffentlichung auf der Internetseite der Stadt Rösraht
Umsetzung durch	Projektgruppe z.B. AG Schulen, JUPA oder JUZE
Beteiligte Akteure	Stadtverwaltung, Mitglieder der o.g. Projektgruppe, Betreiber der Gaststätten
Kosten (ja/nein)	Ja (geringe Sachkosten)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Menschen mit Einschränkung



Die „**Projektgruppe Arbeit**“ bildet unter Berücksichtigung der Rahmenvorgaben der Artikel 5 (Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung) , 9 (Zugänglichkeit) , 19 (Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft) und 27 (Arbeit und Beschäftigung) den folgenden Bedarf ab:

Arbeitsgruppe	Arbeit
Maßnahme 6	Ausbildungs- und Praktika-Offensive für Rös-rath
Beschreibung	Darstellung und Akquirierung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen
Umsetzung durch	Netzwerk „Inklusion und Arbeitswelt“, Förderschule „Käthe-Kollwitz-Schule“
Beteiligte Akteure	Förderschule „Käthe-Kollwitz-Schule“, Netzwerk „Inklusion und Arbeitswelt“, Bildungsnetzwerk RBK, LVR, AG 78
Kosten (ja/nein)	Ja (Geschäftsausgaben)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Schüler und Umschüler



Die Projektgruppe „**Information, Aufklärung und Akquise**“ widmet sich unter Hinzuziehung des UN – BRK – Artikel 19 (Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft) der Aufgabenstellung, drohender Vereinsamung von Menschen mit Hilfebedarfen Einhalt zu gebieten. Die Überarbeitung des Internetauftritts

der Stadt Rösrath, ebenfalls Auftrag an diese Projektgruppe, korrespondiert mit den Zielen des Artikel 21 (Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen).

Arbeitsgruppe	Freizeit und öffentliches Leben
Maßnahme 7	Wie finden wir die Bürger Rösraths, die sich zu Hause zurückgezogen haben?
Beschreibung	Im Gespräch mit Friseurinnen und Friseuren oder Bäckereien soll eruiert werden, welche Kontakte zu zurückgezogenen, zum Teil vereinsamten Menschen bestehen. Können die Kontakte für eine Ansprache genutzt werden? Welche Freizeitangebote können gemacht werden?
Umsetzung durch	Stadtverwaltung, Beiräte (Senioren und Behinderte)
Beteiligte Akteure	Unternehmen, Dienstleister, Beiräte
Kosten (ja/nein)	ja (geringe Sachkosten)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Bürger, die zurückgezogen leben



Der Internetauftritt der Stadt Rösrath als ein wichtiges Informationsmedium für alle Bürger Rösraths bedarf der Überarbeitung durch die gleiche Projektgruppe.

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 8	Internetauftritt der Stadtverwaltung Rösrath
Beschreibung	Die Internetseite der Stadtverwaltung Rösrath ist derzeit für sehbehinderte Menschen aufgrund ihres Aufbaues und wegen fehlender Funktionen für eingestellte Vordrucke nur eingeschränkt nutzbar. Es gibt mittlerweile eine "Vorlesefunktion". Die hinterlegten Texte sind möglicherweise für Menschen mit einer geistigen Behinderung oder für lernbeeinträchtigte Menschen aufgrund ihrer Komplexität nicht immer verständlich.
Umsetzung durch	Fachbereich 1 und 3
Beteiligte Akteure	
Kosten (ja/nein)	ja - Anmerkung: Ein "Vorlesemodul" wurde bereits eingestellt.
Zeitschiene	kurz- bis mittelfristige Umsetzung möglich
besondere Anmerkung	Der Internetauftritt sollte überdacht werden. Die hinterlegten Textvorlagen sind hierbei für die speziellen Zielgruppen zu überarbeiten. Ggf. bedürfen die Internet-Redakteure einer besonderen Schulung.
Zielgruppe	ältere und behinderte Bürgerinnen und Bürger



Die **Projektgruppe „Zugänglichkeit, Barriere-Beseitigung, Nutzbarkeit“** leiten ihre Aufgaben aus den Artikeln 4 „Allgemeine Verpflichtungen“ und Artikel 9 „Zugänglichkeit“ ab. Projektbezogen sind auch andere Artikel der UN – BRK berührt, deren Auflistung hier den Rahmen sprengen würde.

Die folgenden zwei Aufgabenfelder werden von dieser Projektgruppe bearbeitet:

Arbeitsgruppe	Mobilität
Maßnahme 9	Bürgerbus mit behindertengerechter Zusatzausstattung
Beschreibung	Bedienung bisher vom ÖPNV schlecht erschlossener Ortslagen in Rös Rath und Hoffnungsthal durch einen Bürgerbus mit ehrenamtlichen Fahrern
Umsetzung durch	Bürgerbusverein
Beteiligte Akteure	Stadtverwaltung, RBK, Regionalverkehr Köln
Kosten (ja/nein)	ja (förderfähig)
Zeitschiene mittelfristig (bis 3 Jahren)	zwei Jahre (mittelfristig)
Zielgruppe	alle Bürger, insbesondere Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen



Mit gleicher Priorität ist das folgende Aufgabenfeld bewertet:

Arbeitsgruppe	Mobilität
Maßnahme 10	Überprüfung Lichtsignalanlagen
Beschreibung	Überprüfung Grünzeiten, Räumzeiten für Fußgänger
Umsetzung durch	Stadtverwaltung (FB 3)
Beteiligte Akteure	Landesbetrieb Straßen NRW
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene mittelfristig (bis 3 Jahren)	mittelfristig
Zielgruppe	Bürger mit Mobilitätseinschränkungen



Bei der Erstellung einer Inklusionscheckliste durch die **Projektgruppe „Information, Aufklärung, Akquise“** geht es vorrangig um die Anpassung bereits bestehender Instrumentarien in Bezug auf die regionalen Bedingungen und Erfordernisse. Hintergrund dieser Bemühungen bilden hier die Artikel 8, 9, 19, 20 und 21. Mit steigender universeller Nutzbarkeit finden sich sicherlich auch noch in weiteren Artikeln der UN – BRK hierdurch befriedigte Bedarfe.

Arbeitsgruppe	Freizeit und öffentliches Leben
Maßnahme 11	Inklusions-Checkliste für öffentliche Veranstaltungen
Beschreibung	Die Checkliste sollte den Veranstalter auf besondere Voraussetzungen für Bürger mit Einschränkungen hinweisen, z.B. ebenerdiger Zugang, behindertengerechte Toilette, Schallschutz...
Umsetzung durch	Vereine, Beiräte (Senioren und Behinderte)
Beteiligte Akteure	Vereine, Beiräte (Senioren und Behinderte)
Kosten (ja/nein)	Ja (geringe Sachkosten)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr) mittelfristig (bis 3 Jahren) langfristig (mehr als 3 Jahre)	kurzfristig
Zielgruppe	Bürger mit Einschränkungen



Die **Projektgruppe „Schulung und Sensibilisierung“** kann sich bezüglich ihres Auftrags auf den Artikel 4 „Allgemeine Verpflichtungen“ (Absatz I) beziehen.

Arbeitsgruppe	Mobilität
Maßnahme 12	Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter im Verkehrsbereich
Beschreibung	Ortsbegehung mit Alterssimulationsanzug
Umsetzung durch	Stadtverwaltung (FB 4)
Beteiligte Akteure	(RBK), Verkehrsverbund Rhein-Sieg
Kosten (ja/nein)	nein
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Verwaltungsmitarbeiter Planen, Bauen, Ordnungsamt



Der Aufbau eines Katasters „Barrierefreier Wohnraum“ durch die **Projektgruppe „Information und Akquise“** fußt auf den Artikeln 9, 19, 20, 21 und 23 und korrespondiert stark mit dem zweiten Auftrag „Wohnraumberatung“ mit gleicher Prioritätszuweisung.

Arbeitsgruppe	Wohnen
Maßnahme 13	Aufbau eines Katasters über barrierefreien Wohnraum in Rösrath
Beschreibung	Sukzessiver Aufbau eines Katasters über barrierefreien Wohnraum in der Stadt Rösrath. Klärung Datenschutz.
Umsetzung durch	Verwaltung
Beteiligte Akteure	Stadt Rösrath und die beteiligten Grundstückseigentümer
Kosten (ja/nein)	ja, personelle Kosten der Recherche und Pflege im Netz
Zeitschiene mittelfristig (bis 3 Jahren)	mittelfristig
Zielgruppe	alle Bürger



Arbeitsgruppe	Wohnen
Maßnahme 14	Wohnraumberatung
Beschreibung	Für den Personenkreis der älteren Mitbürger soll die Wohnraumberatung durch den Kreis/Stadt weiter ausgebaut werden. Dabei kann es nur um eine Beratung und Vermittlung zu externen Stellen gehen.
Umsetzung durch	Kreis / Stadt Rösrath
Beteiligte Akteure	Kreis / Stadt Rösrath
Kosten (ja/nein)	ja, personelle Kosten
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Ältere MitbürgerInnen



Mit der Bereitstellung barrierefrei zu nutzender Wahlräume und Wahlkabinen ist nunmehr die **Projektgruppe „Zugänglichkeit und Nutzbarkeit betraut**. Diese Projektgruppe nutzt die Bestimmungen der Artikel 9, 19 und 29.

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 15	Behindertengerechte Wahlräume und Wahlkabinen
Beschreibung	In einigen Wahlbezirken können gehbehinderte und ältere Wähler die Wahlräume nicht mit Rollstuhl oder Rollator erreichen. Hier ist nach Alternativen zu suchen.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 3 - Wahlen -
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	Eine kurzfristige Umsetzung erscheint sinnvoll. Ggf. sollte geprüft werden, ob Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden können.
Zielgruppe	Ältere und behinderte Bürgerinnen und Bürger



Die **Projektgruppe „Öffentliche Veranstaltungen und Events“** wird sich auf der Grundlage der Artikel 9 und 19 mit dem Aufbau eines „Stammtischs“ befassen, der gleichzeitig wesentliche Grundsätze der Artikel 4 und 8 im Blick behält und letztlich die Beteiligung und Aktivierung breiter Teile der Bürgerschaft zum Ziel hat.

Arbeitsgruppe	Freizeit und öffentliches Leben
Maßnahme 16	Einrichtung eines Forums bzw. Stammtischs zu unterschiedlichen Freizeitthemen (Diavorträge über Reisen, Vergangenes.....)
Beschreibung	Freizeittreff für alle Rösrather Bürger
Umsetzung durch	Vereine, Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung
Beteiligte Akteure	Vereine, Beiräte (Senioren und Behinderte)
Kosten (ja/nein)	Ja (geringe Sachkosten)
Zeitschiene mittelfristig (bis 3 Jahren)	mittelfristig
Zielgruppe	alle Bürger Rösrath



Die „**Projektgruppe Arbeit**“ wird sich auf der Grundlage des Artikel 27 dem folgenden Thema widmen:

Arbeitsgruppe	Arbeit
Maßnahme 17	Erfüllung der Schwerbehindertenquote in der Stadtverwaltung
Beschreibung	Gleichstellung und Aktivierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Arbeitsrealität der Stadt als Arbeitgeber
Umsetzung durch	Gezielte Ansprache im Rahmen von Mitarbeitergesprächen
Beteiligte Akteure	Personalverwaltung, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung, Personalrat
Kosten (ja/nein)	Nein
Zeitschiene mittelfristig (bis 3 Jahren)	mittel-langfristig
Zielgruppe	Mitarbeiter der Stadtverwaltung



Die „Projektgruppe Fundraising“ (Finanzierung durch Dritte – Sponsoren- und Investorensuche“ stellt sich der Aufgabe, sowohl den Bestimmungen der Artikel 19 und 23 Genüge zu tun als auch die Herausforderung anzunehmen, dem demographischen Wandel Rechnung zu tragen. Die Bearbeitung dieser Anliegen ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft Antworten bereit hält für die Fragen der Zukunft, die sich in unserer wandelbaren Gesellschaft mit Sicherheit ergeben.

Arbeitsgruppe	Wohnen
Maßnahme 18	Unterstützung des Baus von Senioren-WGs
Beschreibung	In der AG wurde der Bedarf von Senioren-WGs diskutiert. (Vorteile liegen in der Bildung von sozialen Kontakten, der gegenseitigen Hilfe und der Kostensenkung)
Umsetzung durch	Private Investoren
Beteiligte Akteure	Private Investoren, Begleitung durch Stadt und Verbände
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene mittelfristig (bis 3 Jahren)	mittelfristig
Zielgruppe	Ältere MitbürgerInnen



In der „**Projektgruppe Zugänglichkeit und Erreichbarkeit**“ wird die Problematik der Orientierung in den Dienstgebäuden der öffentlichen Verwaltung bearbeitet. Auch hier finden wir die gesetzliche Grundlage in Artikel 9 der UN-BRK.

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 19	Orientierungshilfen innerhalb des Dienstgebäudes "Rathausplatz"
Beschreibung	Orientierungshilfen zur besseren Auffindung der einzelnen Fachbereiche und Abteilungen. Zusätzliche Anbringung von Hinweistafeln in Brailleschrift.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 3 und 6
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Besucher der Stadtverwaltung



Mit dem Auftrag „Schaffung eines Info –Pools“ an die **Projektgruppe „Information, Aufklärung und Akquise“** endet die Auflistung der in der Abstimmungsveranstaltung priorisierten Auftragsbewertung. Diese Aufgabe findet ihre Entsprechung in Artikel 9, hat aber auch die spezifische Übereinstimmungen zu den Artikeln 21 und 23.

Arbeitsgruppe	Wohnen
Maßnahme 20	Informationspool auf städtischer Homepage einstellen
Beschreibung	Darstellung von Beratungsmöglichkeiten über barrierefreies Bauen und Wohnen auf der städtischen Homepage. Verlinkung auf entsprechende Seiten.
Umsetzung durch	Stadt Rösrath
Beteiligte Akteure	Stadt Rösrath und entsprechende Stellen und Institutionen
Kosten (ja/nein)	personelle Kosten der Recherche und Umsetzung
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	alle Bürger

Neben den priorisierten Auftragserteilungen wurden im Vorfeld der Erstellung des vorliegenden Inklusionsplans weitere Handlungsfelder analysiert und in der bekannten Systematik bearbeitet.

Diese folgen nun unter Zuordnung zu den Projektgruppen und unter Nennung der dahinter liegenden UN-BRK – Artikel.

Für die „**Projektgruppe Information, Aufklärung und Akquise**“ stellen sich über die bereits genannten Maßnahmen folgende Aufgaben:



Arbeitsgruppe	Arbeit
Maßnahme 21	Schaffung eines Informationsangebotes auf lokaler Ebene
Beschreibung	Zusammenstellung von Beratungsangeboten, Online und durch Flyer
Umsetzung durch	Stadtverwaltung
Beteiligte Akteure	Arbeitsberater, Stadtverwaltung
Kosten (ja/nein)	Ja (Sachkosten)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Arbeitgeber, Menschen mit und ohne Behinderung

Arbeitsgruppe	Freizeit und öffentliches Leben
Maßnahme 22	Übersicht über die Taxen bzw. Busse für Bürger mit Rollatoren bzw. Rollstühlen
Beschreibung	Mit den Taxiunternehmen und den Busunternehmen soll geklärt werden, ob diese Beförderungsmöglichkeiten bestehen und welche Hilfen zum Be- und Entsteigen angeboten werden können.
Umsetzung durch	Stadtverwaltung, Beiräte (Senioren und Behinderte)
Beteiligte Akteure	Unternehmen, Vereine, Beiräte
Kosten (ja/nein)	nein
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Bürger mit Einschränkungen



Arbeitsgruppe	Arbeit
Maßnahme 23	Aufbau eines Netzwerks "Inklusion und Arbeitswelt" in Rös Rath
Beschreibung	Vernetzung von Akteuren aus der Arbeitswelt auf lokaler Ebene
Umsetzung durch	Regelmäßige Netzwerktreffen
Beteiligte Akteure	Agentur für Arbeit, Jobcenter, Integrationsamt LVR, Integrationsfachdienst der Kette, Fürsorgestelle RBK, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Steuerberaterkammer, Interessengemeinschaften, Stadtverwaltung, Kirchen, Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung, Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Verein Arbeit für Rös Rath e.V.
Kosten (ja/nein)	Ja (Honorarkosten + Sachkosten)
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristig
Zielgruppe	Akteure auf dem Arbeitsmarkt

Grundlage für diese weiteren Maßnahmenplanungen sind die Artikel 9, 19 und 29. Da die Bearbeitung der Maßnahmenplanung je nach Beteiligung unterschiedlicher Akteure und der daraus resultierenden Synergien auch Einfluss hat auf andere Felder der UN – BRK, bitten wir um Verständnis, wenn gleichsam berührte Artikel hier und im weiteren Verlauf keine Erwähnung finden.

Die vorrangig mit der Beseitigung von Barrieren beauftragte **Projektgruppe „Zugänglichkeit/Nutzung/Sächliche Ausstattung“** wird sich unter Berufung auf die Artikel 9, 19, 29 u.a. mit weiteren Maßnahmenplanungen befassen:



Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 24	Fahrstuhl Dienstgebäude "Rathausplatz" Ausrüstung des Fahrstuhls mit Brailleschrift und Sprachansage
Beschreibung	Ausrüstung des Fahrstuhls mit Brailleschrift und Sprachansage
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 3 und 6
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	Die Anbringung einer Brailleschrift sollte kurzfristig erfolgen. Insoweit der Fahrstuhl für eine Sprachansage umgerüstet werden kann, sollte dies kurz- bis mittelfristig erfolgen.
Zielgruppe	sehbehinderte Menschen

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 25	Zusätzliche Ausweisung eines Behindertenparkplatzes
Beschreibung	Zusätzliche Ausweisung eines zweiten Behindertenparkplatzes in Nähe des Verwaltungsgebäudes. Hinweis: Derzeit befindet sich lediglich ein ausgewiesener Behindertenparkplatz in der Nähe des Verwaltungsgebäudes. Diese Parkfläche könnte problemlos erweitert werden.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 3 - Ordnung -
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung



Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 26	Vermeidung von Stolperfallen innerhalb der Dienstgebäude
Beschreibung	bessere Beleuchtung in den Fluren (hellere Beleuchtung und intakte Bewegungsmelder) und bessere Kennzeichnung möglicher Stolperfallen (farbliche Markierung - kontrastreichere Kennzeichnung der Flächen)
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 6
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr)	kurzfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Besucher der Stadtverwaltung Rös Rath

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 27	Behindertengerechterer Zugang in das Bürgerbüro
Beschreibung	Das Bürgerbüro ist der publikumsintensivste Bereich. Die Außentüren können von Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren nicht ohne Hilfe geöffnet werden. Hier sollte durch technische Möglichkeiten für Abhilfe gesorgt werden.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 6
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr) mittelfristig (bis 3 Jahren)	kurz- bis mittelfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Rollstuhlfahrer und Menschen mit körperlichen Einschränkungen



Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 28	Öffnungshilfen für die Brandschutztüren im Dienstgebäude "Rathausplatz" 2. Obergeschoss
Beschreibung	Technische Umrüstung der Türen mit einem Türdrückersystem. Bei einer möglichen Beschaffung von Öffnungshilfen sollte auf die besonderen Belange von Rollstuhlfahrern Rücksicht genommen werden.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 6
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr) mittelfristig (bis 3 Jahren)	kurz- bis mittelfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Rollstuhlfahrer und Menschen mit körperlichen Einschränkungen

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 29	Lautsprechersystem für hörbehinderte Menschen
Beschreibung	Umrüstung/Neukauf einer Beschallungsanlage für Rats- und Ausschusssitzungen mit einer Zusatztechnik für hörbehinderte Menschen. Die Umsetzung des Vorschlages sollte einhergehen mit der notwendigen Umrüstung des digitalen Funkverkehrs.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 3
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja



Zeitschiene kurz- fristig (bis 1 Jahr) mittelfristig (bis 3 Jahren)	kurz- bis mittelfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Teilnehmer und Besucher der Rats- und Ausschusssitzungen

Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 30	Ampelanlage zwischen den Dienstgebäuden
Beschreibung	Ausrüstung der Ampelanlage mit einem akustischen Signal. Der Arbeitskreis "Verwaltung" sieht diesen Vorschlag vorrangig in der Zuständigkeit des Arbeitskreises "Mobilität". Die Mitglieder des Beirates für behinderte Menschen wurden gebeten, einen möglichen Bedarf zu verifizieren.
Umsetzung durch	Landesbetrieb für Straßenbau NRW
Beteiligte Akteure	Verwaltung, Landesbetrieb
Kosten (ja/nein)	ja / Die Verkehrszeichenanlage befindet sich nicht im städtischen Eigentum. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind die Kosten für eine Umrüstung von der Stadt Rös Rath zu tragen.
Zeitschiene kurz- fristig (bis 1 Jahr) mittelfristig (bis 3 Jahren)	mittelfristige Umsetzung nach vorheriger Bedarfsfeststellung
Zielgruppe	Sehbehinderte Menschen

Mit der Aufgabenstellung ein „transportables Bürgerbüro“ zu realisieren enden die bisherig bearbeiteten Maßnahmenplanungen.



Arbeitsgruppe	Verwaltung
Maßnahme 31	"Transportables Bürosystem" für Melde- und Pass-Angelegenheiten
Beschreibung	Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben können Melde- und Pass-Angelegenheiten i.d.R. nur im Bürgerbüro wahrgenommen werden. Behinderte Menschen mit erheblichen Einschränkungen oder bettlägerige Personen können nur in einem sehr eingeschränkten Umfang Pass-Angelegenheiten wahrnehmen. Hier könnte die Einführung eines "transportablen Büro-systems" zu Verbesserungen führen. Der Vorschlag erfolgt vorbehaltlich der Prüfung der technischen Umsetzbarkeit und einer Kosten/Nutzen-Betrachtung.
Umsetzung durch	Verwaltung, Fachbereich 3
Beteiligte Akteure	Verwaltung
Kosten (ja/nein)	ja - möglicherweise besteht die Möglichkeit einer Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Bergisch Gladbach
Zeitschiene kurzfristig (bis 1 Jahr) mittelfristig (bis 3 Jahren)	kurz- bis mittelfristige Umsetzung möglich
Zielgruppe	Ältere und behinderte Bürgerinnen und Bürger



6. Fazit

Der Weg frühzeitigen Einbezugs der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Beteiligung der maßgeblichen Akteure erwies sich als richtig und tragend für das Gesamtprojekt der Umsetzung der Inklusionserfordernisse auf der Grundlage der gesetzlichen Rahmenbedingungen der UN – BRK. Das Generationenprojekt „Inklusion“ wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Nachhaltigkeit bezüglich der erforderlichen Arbeitsschritte und deren Ergebnisse kann nur durch die beteiligten Bürgerinnen und Bürger erzeugt werden. Die bisherige pragmatische Herangehensweise zeugt von dem unbedingten Umsetzungswillen der Entscheidungsträger wie der Unterstützer und Mitstreiter – in den Kirchen, in den Vereinen und Verbänden, am Arbeitsplatz und in allen Vereinigungen des öffentlichen Lebens. Ebenso wohltuend ist zu beobachten, dass die höchsten Prioritäten hinsichtlich der Umsetzungsnotwendigkeiten die Maßnahmen erhalten haben, die nicht unmittelbar mit hohen finanziellen Herausforderungen verknüpft sind. Dies erhöht die Möglichkeiten, bei sinkenden finanziellen Rahmenbedingungen nicht in eine abwartende „Schockstarre“ zu verfallen, erheblich und fordert die Beteiligten, an der allgemeinen Zielsetzung auch bei schwierigen Bedingungen festzuhalten.

Der Rat und die Verwaltung werden hierfür die Voraussetzungen schaffen und sich fachlich und sachdienlich mit allen zur Verfügung stehenden Ressourcen einbringen. Als erste Maßnahme wird empfohlen, ein/e Stellenanteil für eine/en Inklusionsbeauftragte/n für das Projekt „Rösrath für Alle“ neu zu schaffen. Allen interessierten Bürgern und Akteuren im Bereich der Inklusionsaufgaben wird ein „Kristallisationspunkt“ angeboten, eine Person, in deren Händen die Fäden zusammenlaufen und die, bestens vernetzt, die guten Ideen bündelt und die Umsetzungsgeschwindigkeit erhöhen kann. Diese Stelle hat eine Querschnittsaufgabe.

Die Einrichtung der 7 Projektgruppen soll im zweiten Schritt autorisiert werden, um die im Inklusionsplan genannten Maßnahmen umsetzen zu können. Die Projektgruppen bestehen aus Menschen verschiedener Professionen und interessierten Bürgern.

Folgende Projektgruppen werden eingerichtet:

- Information/Aufklärung/Akquise
- Zugänglichkeit/Erreichbarkeit/Nutzung/ Sächliche Ausstattung zum Abbau von Barrieren
- Arbeit
- Schule und frühkindliche Erziehung/Bildung
- Öffentliche Veranstaltungen/Events
- Schulung/Sensibilisierung
- Fundraising

Ein Etat soll für die Umsetzung der ersten Maßnahmen in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt werden.

Der vorliegende Inklusionsplan Rösrath ist in Zusammenarbeit mit Herrn Ulrich Pfeufer, Einrichtungsleiter der St. Augustinus-Behindertenhilfe im Rhein-Erft-Kreis, entstanden.



7. Zusammenfassung in leichter Sprache

Alle Menschen haben die gleichen Rechte.

Menschen mit Behinderung haben es aber oft immer noch schwer.

Menschen mit und ohne Behinderung sollen das Gleiche tun können und überall mitmachen können.

Deshalb haben viele Menschen aus der ganzen Welt eine Vereinbarung gemacht.

Die heißt in schwerer Sprache:

Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Deutschland hat gesagt, da machen wir mit.

Deshalb gilt diese Vereinbarung auch in Rös Rath.

Es reicht aber nicht, einfach nur zu sagen, dass alle mitmachen können.

Man muss auch hingucken, wo das noch nicht gut geht.

Wir haben deshalb mit vielen Leuten überlegt, wo es noch überall Hindernisse gibt.

Zum Beispiel:

Keine Ampeln für Blinde.

Oder Treppen, die die Rollstuhlfahrer nicht hochgehen können.

Viele Menschen finden keine Wohnung, die zu ihnen passt.

Oder keine Arbeit, die sie hinkriegen können.

Wir haben überlegt:

Was ist schon gut?

Was muss verbessert werden?

Was dabei herausgekommen ist, steht hier drin.

Das ist eine lange Liste.

Um alles zu verbessern, braucht man Zeit und Geld.

Das Wichtigste ist aber:

Was Menschen mit und ohne Behinderung voneinander halten, muss sich ändern.



Und das kostet kein Geld.

Menschen mit und ohne Behinderung sollen sich kennen lernen.

Sie sollen möglichst viele Sachen miteinander machen.

Kinder sollen zusammen groß werden und voneinander lernen.

Jeder Mensch ist anders.

Das ist normal. Und das ist gut so.

Jeder Mensch kann vom anderen lernen.

Das ist Inklusion.

Und die Inklusion ist gut für uns alle.

Ob wir behindert sind oder nicht behindert sind.

„RÖSRATH FÜR ALLE“ – (M)Eine Stadt auf dem Weg zur Inklusion ist ein Projekt.

Das Projekt soll aber nicht aufhören, wenn das, was hier drin steht, gemacht worden ist.

Sondern es soll immer weiter gehen.

Wir wissen ja nicht, ob wir wirklich an alles gedacht haben.

Und wir können auch nicht in die Zukunft schauen.

Deshalb brauchen wir Sie.

Sie müssen uns sagen, wenn etwas fehlt oder wo wir Fehler gemacht haben.

Ohne Sie geht es nicht.



8. Anhang:

Herzlicher Dank gilt allen Akteuren die am Inklusionsplan mitwirken!

Teilnehmer/innen an den Arbeitsgruppen und an der Abschlussveranstaltung "Inklusionsplanung Rösrath" am 05.04.2014			
Nachname	Vorname	Institution	Hinweis
Albert-von der Ohe	Frank D.	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Fraktion Die Linke
Albach	Egon	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Seniorenbeirat
Barfknecht	Monika	Arbeitsgruppe Inklusion in der AG § 78 SGB VIII	Deutscher Kinderschutzbund
Barz	Susanne	Arbeitsgruppe Inklusion in der AG § 78 SGB VIII	Körperbehindertenschule
Beckers	Margarete	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der BFR-Fraktion
Birke	Sigrid	Mitglied der Arbeitsgruppen	Integrative KITA, Villa Löwenzahn
Bundzus	Hans	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der FDP-Fraktion
Cornelius	Stefan	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Drümmen	Hans-Reinhold	Mitglied der Arbeitsgruppen	Seniorenbeirat
Fleper	Sabine	Arbeitsgruppe Inklusion in der AG § 78 SGB VIII	Diakonie Michaelshoven
Füsser	Erhard	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der CDU-Fraktion
Graß	Klaus	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Günzel	Elke	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Happ	Carsten	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Hermann	Christoph	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Hlavensky	Kevin	Juze	
Kauert	Karl-Erwin	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Klein	Klaus	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Kowalewski	Ulrich	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung



**Teilnehmer/innen an den Arbeitsgruppen und an der Abschlussveranstaltung
"Inklusionsplanung Rösrath" am 05.04.2014**

Kupich	Gerhard	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der SPD-Fraktion
Kutz	Marvin	Juze	
Leonhardt	Johanna	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der FDP-Fraktion
Lorenz	Vera	Mitglied der Arbeitsgruppen	Sachkundige Bürgerin
Marx	Stefanie	Mitglied der Arbeitsgruppen	Fraktion Bündis90/Die Grünen
Mau	Dirk	Fraktionsvorsitz	von der SPD-Fraktion
Ommer	Petra	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Prade	Anita	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Pregler	Erik	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der FDP-Fraktion
Porten	Hans-	Mitglied der Arbeitsgruppen	Vom Seniorenbeirat
Rehme	Doris	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Reuschenbach	Wolfgang	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der SPD-Fraktion
Robie	Michael	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Verwaltung
Rossdeutscher	Petra	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Schenk	Heinrich	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Schmidt-Herterich	Claudia	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Herterich	Udo	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Schmudzinski	Michaela	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Schneider	Ruth	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Schönberger	Marc	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der CDU-Fraktion
Schumacher	Hardy	Mitglied der Arbeitsgruppen	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Trube	Barbara	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung



**Teilnehmer/innen an den Arbeitsgruppen und an der Abschlussveranstaltung
"Inklusionsplanung Rösrath" am 05.04.2014**

Thum	Jost A.	Mitglied der Arbeitsgruppen	vom Beirat für Menschen mit Behinderung
Weiß	Friedhelm	Mitglied der Arbeitsgruppen	von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Wondratschek	Holger	Arbeitsgruppe Inklusion in der AG § 78 SGB VIII	Juze